

Bundesgesetzblatt ¹¹⁹⁷

Teil II

G 1998

2015

Ausgegeben zu Bonn am 13. Oktober 2015

Nr. 28

Tag	Inhalt	Seite
8.10.2015	Gesetz zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2014 zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 7. September 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen GESTA: XD011	1198
7. 9.2015	Bekanntmachung der deutsch-ukrainischen Vereinbarung über Biosicherheitszusammenarbeit	1205
8. 9.2015	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption	1207
8. 9.2015	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der in Genf am 19. März 1991 unterzeichneten Fassung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen	1208
8. 9.2015	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend ein Mitteilungsverfahren	1208
8. 9.2015	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	1209
15. 9.2015	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1988 zu dem Internationalen Freibord-Übereinkommen von 1966	1209
15. 9.2015	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Änderung des Artikels 8 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs	1210
15. 9.2015	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Änderungen des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs in Bezug auf das Verbrechen der Aggression	1210
15. 9.2015	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Tropenholz-Übereinkommens von 2006	1211
15. 9.2015	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1988 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See	1211
15. 9.2015	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) in der Fassung des Änderungsprotokolls von 1999	1212

Gesetz
zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2014
zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 7. September 1999
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Usbekistan
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 8. Oktober 2015

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 14. Oktober 2014 unterzeichneten Protokoll zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 7. September 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. 2001 II S. 978, 979) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 4 Satz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 8. Oktober 2015

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Protokoll
zur Änderung und Ergänzung
des Abkommens vom 7. September 1999
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Usbekistan
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Протокол
о внесении изменений и дополнений в Соглашение
между Федеративной Республикой Германия
и Республикой Узбекистан
об избежании двойного налогообложения
в отношении налогов на доходы и имущество
от 7 сентября 1999 года

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Usbekistan,
im Folgenden als „Vertragsstaaten“ bezeichnet –

in Übereinstimmung mit dem Abkommen vom 7. September 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet),

von dem Wunsch geleitet, die beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln und die Zusammenarbeit auf steuerlichem Gebiet zur Gewährleistung einer wirksamen und zu treffenden Steuererhebung zu vertiefen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Artikel 26 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Verwaltung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Festsetzung oder Erhebung, der Voll-

Федеративная Республика Германия

и

Республика Узбекистан,

далее именуемые «Договаривающиеся Государства»,

в соответствии с Соглашением между Федеративной Республикой Германия и Республикой Узбекистан об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество от 7 сентября 1999 года (далее именуемым «Соглашение»),

желая далее развивать двусторонние экономические отношения и углублять сотрудничество в области налогов для обеспечения действенного и верного взимания налогов,

согласились о нижеследующем:

Статья 1

Статью 26 Соглашения изложить в следующей редакции:

«Статья 26

Обмен информацией

(1) Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются информацией, которая может считаться существенной для осуществления настоящего Соглашения или для администрирования или реализации национального законодательства Договаривающихся Государств в отношении налогов любого вида или наименования, взимаемых от имени Договаривающегося Государства или одного из его административно-территориальных образований, в той части, в какой налогообложение по этому законодательству не противоречит настоящему Соглашению. Обмен информацией не ограничивается положениями статей 1 и 2 настоящего Соглашения.

(2) Любая информация, полученная Договаривающимся Государством согласно пункту 1 настоящей статьи, должна считаться конфиденциальной так же, как информация, получаемая на основании национального законодательства этого Государства, и может быть предоставлена только лицам или органам (включая суды и административные

streckung oder Strafverfolgung, der Entscheidung über Rechtsbehelfe hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Für diese Zwecke dürfen die Informationen in einem verwaltungs- oder strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offengelegt werden. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen können Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, für andere Zwecke verwendet werden, wenn sie nach dem Recht beider Staaten für diese anderen Zwecke verwendet werden können und die zuständige Behörde des übermittelnden Staates dieser Verwendung zugestimmt hat.

(3) Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichten sie einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Betriebs-, Geschäfts-, Gewerbe-, Handels- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung (ordre public) widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat nach diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn er diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die in Satz 1 enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, aber diese Beschränkungen sind nicht so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil er kein innerstaatliches Interesse an diesen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist nicht so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.“

Artikel 2

Das Abkommen wird durch Artikel 26a mit folgendem Inhalt ergänzt:

„Artikel 26a

Amthilfe bei der Steuererhebung

(1) Die Vertragsstaaten leisten sich gegenseitige Amthilfe bei der Erhebung von Steueransprüchen. Diese Amthilfe wird durch die Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können durch Verständigung regeln, wie dieser Artikel durchzuführen ist.

organe), welche beschäftigen sich mit der Berechnung oder der Erhebung von Steuern, im Absatz 1 dieser Artikel genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Für diese Zwecke dürfen die Informationen in einem verwaltungs- oder strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offengelegt werden. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen können Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, für andere Zwecke verwendet werden, wenn sie nach dem Recht beider Staaten für diese anderen Zwecke verwendet werden können und die zuständige Behörde des übermittelnden Staates dieser Verwendung zugestimmt hat.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieser Artikel sind nicht so auszulegen, als verpflichten sie einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Betriebs-, Geschäfts-, Gewerbe-, Handels- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung (ordre public) widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat nach diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn er diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die in Satz 1 enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, aber diese Beschränkungen sind nicht so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil er kein innerstaatliches Interesse an diesen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist nicht so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.“

Статья 2

Дополнить Соглашение статьей 26а следующего содержания:

«Статья 26а

Административная помощь при взимании налогов

(1) Договаривающиеся Государства оказывают друг другу административную помощь при взимании сумм налоговых требований. Такая административная помощь не ограничивается положениями статей 1 и 2 настоящего Соглашения. Компетентные органы Договаривающихся Государств путем согласования могут установить порядок применения настоящей статьи.

(2) Der Ausdruck „Steueranspruch“ im Sinne dieses Artikels bedeutet einen Betrag, der aufgrund von Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden, geschuldet wird, soweit die Besteuerung nicht diesem Abkommen oder anderen völkerrechtlichen Vereinbarungen, denen die Vertragsstaaten beigetreten sind, widerspricht, sowie mit diesem Betrag zusammenhängende Zinsen, Geldbußen sowie Vollstreckungskosten und Kosten für Sicherungsmaßnahmen.

(3) Ist der Steueranspruch eines Vertragsstaats nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar und wird er von einer Person geschuldet, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Vollstreckung nicht verhindern kann, wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates für die Zwecke der Erhebung von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der Steueranspruch wird von dem anderen Staat nach dessen Rechtsvorschriften über die Vollstreckung und Erhebung der eigenen Steuern erhoben, als handele es sich bei dem Steueranspruch um einen Steueranspruch dieses anderen Staates.

(4) Handelt es sich bei dem Steueranspruch eines Vertragsstaats um einen Anspruch, bei dem dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung erlassen kann, wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates zum Zwecke der Einleitung von Sicherungsmaßnahmen durch die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Dieser andere Staat leitet in Übereinstimmung mit den eigenen Rechtsvorschriften Sicherungsmaßnahmen in Bezug auf diesen Steueranspruch ein, als wäre der Steueranspruch ein Steueranspruch dieses anderen Staates, selbst wenn der Steueranspruch im Zeitpunkt der Einleitung dieser Maßnahmen in dem erstgenannten Staat nicht vollstreckbar ist oder von einer Person geschuldet wird, die berechtigt ist, die Vollstreckung zu verhindern.

(5) Ungeachtet der Absätze 3 und 4 unterliegt ein von einem Vertragsstaat für die Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannter Steueranspruch als solcher in diesem Staat nicht den Verjährungsfristen oder den Bestimmungen über vorrangige Behandlung eines Steueranspruchs nach dem Recht dieses Staates. Auch hat ein Steueranspruch, der von einem Vertragsstaat für die Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannt wurde, in diesem Staat nicht den Vorrang, den dieser Steueranspruch nach dem Recht des anderen Vertragsstaats hat.

(6) Verfahren im Zusammenhang mit dem Bestehen, der Gültigkeit oder der Höhe des Steueranspruchs eines Vertragsstaats können nicht bei den Gerichten oder Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaats eingeleitet werden.

(7) Verliert der betreffende Steueranspruch, nachdem das Ersuchen eines Vertragsstaats nach den Absätzen 3 oder 4 gestellt wurde und bevor der andere Vertragsstaat den betreffenden Steueranspruch erhoben und an den erstgenannten Staat ausbezahlt hat,

a) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 3 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, der nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar ist und von einer Person geschuldet wird, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht

(2) Термин «налоговое требование», в смысле настоящей статьи, означает подлежащую уплате сумму налогов любого вида или наименования, взимаемых от имени Договаривающегося Государства или одного из его административно-территориальных образований, в той части, в какой такое налогообложение не противоречит настоящему Соглашению или каким-либо иным международным соглашениям, сторонами которых являются Договаривающиеся Государства, а также относящиеся к такой сумме проценты, административные штрафы, а также расходы на исполнительные или обеспечительные меры.

(3) Если налоговое требование Договаривающегося Государства по законодательству этого Государства может быть исполнено и если оно подлежит уплате лицом, которое согласно законодательству этого Государства в момент исполнения не может препятствовать его исполнению, то такое налоговое требование по запросу компетентного органа этого Государства принимается для целей взимания компетентным органом другого Договаривающегося Государства. Взимание суммы налогового требования осуществляется этим другим Государством в соответствии с положениями его законодательства о принудительном исполнении и взимании собственных налогов, как если бы это налоговое требование являлось налоговым требованием этого другого Государства.

(4) Если налоговое требование Договаривающегося Государства является требованием, в отношении которого это Государство может в соответствии с его законодательством издавать меры по обеспечению взимания, то такое налоговое требование по запросу компетентного органа этого Государства принимается для целей принятия обеспечительных мер компетентным органом другого Договаривающегося Государства. Это другое Государство принимает обеспечительные меры в отношении такого налогового требования в соответствии с положениями его законодательства, как если бы это налоговое требование являлось налоговым требованием этого другого Государства, даже в том случае, когда налоговое требование в момент принятия таких мер в первом упомянутом Государстве не может быть исполнено или если оно подлежит уплате лицом, которое вправе препятствовать его исполнению.

(5) Несмотря на положения пунктов 3 и 4 настоящей статьи, налоговое требование, принятое Договаривающимся Государством для целей пункта 3 или 4 настоящей статьи, как таковое в этом Государстве не подлежит срокам давности или положениям о первоочередном рассмотрении налогового требования согласно законодательству этого Государства. Кроме того, налоговое требование, принятое Договаривающимся Государством для целей пункта 3 или 4 настоящей статьи, не имеет в этом Государстве того же преимущественного статуса, которым это налоговое требование отличается по законодательству другого Договаривающегося Государства.

(6) Правовые процедуры на предмет наличия, действительности или суммы налогового требования Договаривающегося Государства не могут возбуждаться в судах или административных органах другого Договаривающегося Государства.

(7) Если соответствующее налоговое требование в период с момента представления Договаривающимся Государством запроса в соответствии с пунктом 3 или 4 настоящей статьи и до осуществления другим Договаривающимся Государством взимания суммы соответствующего налогового требования и её перечисления первому упомянутому Государству:

a) применительно к запросу согласно пункту 3 настоящей статьи утрачивает характер налогового требования первого упомянутого Государства, которое по законодательству этого Государства может быть

dieses Staates die Vollstreckung nicht verhindern kann, oder

- b) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 4 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, für den dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung erlassen kann,

teilt die zuständige Behörde des erstgenannten Staates dies der zuständigen Behörde des anderen Staates unverzüglich mit und setzt das Ersuchen nach Wahl des anderen Staates aus oder nimmt es zurück.

(8) Die Bestimmungen dieses Artikels sind nicht so ausulegen, als ob ein Vertragsstaat verpflichtet würde,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Maßnahmen durchzuführen, die der öffentlichen Ordnung (ordre public) widersprechen;
- c) Amtshilfe zu leisten, wenn der andere Vertragsstaat nicht alle angemessenen Maßnahmen zur Erhebung oder Sicherung seines Steueranspruchs, die nach seinen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis möglich sind, ausgeschöpft hat;
- d) Amtshilfe zu leisten, wenn der Verwaltungsaufwand für diesen Staat im Vergleich zum sich daraus ergebenden Vorteil für den anderen Vertragsstaat unverhältnismäßig hoch ist.“

Artikel 3

Nummer 6 des Protokolls zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen erhält folgende Fassung:

„6. Zu Artikel 26:

- a) Die empfangende Stelle kann die Daten in Übereinstimmung mit Artikel 26 Absatz 2 nur zu dem von der übermittelnden Stelle angegebenen Zweck verwenden und unterliegt dabei den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen und mit Artikel 26 in Einklang stehenden Bedingungen.
- b) Die Informationen können für andere Zwecke ohne die in Artikel 26 Absatz 2 Satz 4 vorgesehene vorherige Zustimmung der zuständigen Behörde des übermittelnden Staates nur verwendet werden, wenn eine solche Verwendung zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden dringenden Gefahr für das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit einer Person oder für bedeutende Vermögenswerte erforderlich ist und Gefahr im Verzug besteht. In diesem Fall ist die zuständige Behörde des übermittelnden Staates unverzüglich um nachträgliche Genehmigung der Zweckänderung zu ersuchen. Wird die Genehmigung verweigert, ist die weitere Verwendung der Informationen für den anderen Zweck unzulässig; ein durch die zweckändernde Verwendung der Informationen entstandener Schaden ist zu ersetzen.
- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten und ihre voraussichtliche Erheblichkeit im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 und die Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Voraussichtlich erheblich sind die Daten,

ispolneno i podležit uplate ličom, kotoe v moment ispolnenija ne mozet prepyatstvovat' ego ispolneniju, ili

- b) применительно к запросу согласно пункту 4 настоящей статьи утрачивает характер налогового требования первого упомянутого Государства, в отношении которого это Государство может согласно его законодательству принимать меры по обеспечению взимания,

компетентный орган первого упомянутого Государства незамедлительно уведомляет компетентный орган другого Государства о таком факте, и, в зависимости от выбора другого Государства, приостанавливает либо аннулирует свой запрос.

(8) Положения настоящей статьи никоим образом не должны истолковываться как налагающие на Договаривающееся Государство обязательство:

- a) проводить административные меры, противоречащие законодательству или административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;
- b) проводить меры, которые бы противоречили общественному порядку (ordre public);
- c) оказывать административную помощь в случаях, когда другое Договаривающееся Государство не исчерпало любые соответствующие меры по взиманию или принятию обеспечительных мер в отношении к своему налоговому требованию, возможные согласно его законодательству или административной практике;
- d) оказывать административную помощь, когда административные расходы этого Государства в сопоставлении с пользой, которую получает другое Договаривающееся Государство от этой помощи являются несоразмерно высокими».

Статья 3

Пункт 6 Протокола к Соглашению между Федеративной Республикой Германия и Республикой Узбекистан об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество от 7 сентября 1999 года изложить в следующей редакции:

«6. К статье 26:

- a) Принимающее учреждение может пользоваться сведениями в соответствии с положениями пункта 2 статьи 26 только в указанных передающим учреждением целях и подлежит при этом предусмотренным передающим учреждением и соответствующим статье 26 условиям.
- b) Информация без предусмотренного предложением 4 пункта 2 статьи 26 предыдущего согласия компетентного органа передающего Государства может быть использована для иных целей лишь в тех случаях, если такое использование необходимо для предотвращения существующей в конкретном случае непосредственной опасности для жизни, физической неприкосновенности или личной свободы лица либо для значительных имущественных ценностей и в случаях, не терпящих отлагательства. В данном случае следует незамедлительно обратиться в компетентный орган передающего Государства с просьбой о последующем санкционировании изменения цели. В случае отказа санкционирования, дальнейшее использование информации для иных целей недопустимо; возникший в связи с использованием информации для иных целей ущерб подлежит возмещению.
- c) Передающее учреждение обязано следить за достоверностью передаваемых сведений и за их возможной существенностью в смысле пункта 1 статьи 26, а также за их адекватностью целям, которые преследуются передачей сведений. Сведения являются,

wenn im konkreten Fall die ernstliche Möglichkeit besteht, dass der andere Vertragsstaat ein Besteuerungsrecht hat, und keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Daten der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats bereits bekannt sind oder dass die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats ohne die Information von dem Gegenstand des Besteuerungsrechts Kenntnis erlangt. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten unverzüglich vorzunehmen.

- d) Auf Ersuchen unterrichtet die empfangende Stelle die übermittelnde Stelle im Einzelfall über die Verwendung der übermittelten Daten und die dadurch erzielten Ergebnisse.
- e) Die empfangende Stelle hat den Betroffenen über die Datenerhebung bei der übermittelnden Stelle zu informieren. Die Information kann unterbleiben, soweit und solange eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse an dem Unterbleiben der Information gegenüber dem Informationsinteresse des Betroffenen überwiegt.
- f) Der Betroffene ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über deren vorgesehene Verwendung zu unterrichten. Buchstabe e Satz 2 gilt entsprechend.
- g) Wird jemand im Zusammenhang mit Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts ihres Staates. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. In jedem Fall sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- j) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.“

Artikel 4

Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation. Dieses Protokoll tritt am Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten ab dem 1. Januar des Kalenderjahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem das Protokoll in Kraft tritt, anzuwenden.

Artikel 5

Dieses Protokoll ist Bestandteil des Abkommens und tritt am selben Tag wie das Abkommen außer Kraft.

возможно, существенными, если в конкретном случае существует серьезная возможность, что другое Договаривающееся Государство располагает правом налогообложения, и нет основания для того, что эти сведения уже известны компетентному органу другого Договаривающегося Государства и для того, что без передачи информации компетентный орган другого Договаривающегося Государства не узнает о предмете налогообложения. Если оказывается, что были переданы недостоверные сведения или сведения, не подлежащие передаче, то об этом необходимо незамедлительно известить принимающее учреждение. Оно обязано производить их исправление или уничтожение.

- d) Принимающее учреждение в конкретном случае ставит в известность передавшее сведения учреждение по его просьбе об использовании переданных сведений и полученных с их помощью результатах.
- e) Принимающее учреждение информирует заинтересованное лицо о сборе сведений передаваемым учреждением. Предоставление информации не обязательно, если анализ показывает, что государственная заинтересованность отказаться от выдачи информации превалирует над заинтересованностью упомянутого лица в получении информации.
- f) По заявлению заинтересованному лицу выдается информация о передаче касающихся его данных, а также о предполагаемых целях их использования. Положения второго предложения пункта e) применяются соответственно.
- g) Если кому-либо в связи с передачей сведений в рамках обмена информацией по настоящему Соглашению противоправно причиняется ущерб, ответственность перед ним в этой связи несет принимающее учреждение в соответствии с национальным законодательством своего государства. Оно не может в отношении понесшего ущерб лица сослаться в оправдание на то, что ущерб был причинен передающим сведения учреждение.
- h) Передающее и принимающее учреждения обязаны документально зарегистрировать передачу и получение сведений, касающихся физических лиц.
- i) Если национальное законодательство, в рамках которого действует передающее учреждение, предусматривает в отношении переданных сведений, касающихся физических лиц, особые правила уничтожения, то передающее учреждение указывает на это принимающему учреждению. Во всех случаях, переданные сведения, касающиеся физических лиц, подлежат уничтожению, если они больше не требуются для целей, для которых они были переданы.
- j) Передающее и принимающее учреждения обязаны охранять переданные в отношении физических лиц сведения от доступа к ним, их изменения и разглашения лицами, не имеющими на то право».

Статья 4

Настоящий Протокол подлежит ратификации. Настоящий Протокол вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами, и его положения будут применяться в обоих Договаривающихся Государствах с 1 января календарного года, последующего за календарным годом, в котором Протокол вступил в силу.

Статья 5

Настоящий протокол является неотъемлемой частью Соглашения и прекратит свое действие с даты прекращения действия Соглашения.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben.

В удостоверение чего, нижеподписавшиеся, соответствующим образом на то уполномоченные, подписали настоящий протокол.

Geschehen zu Berlin am 14. Oktober 2014, in zwei Urschriften, jede in deutscher, usbekischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des usbekischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

Совершено в городе Берлин 14 октября 2014 года в двух подлинных экземплярах, каждый на немецком, узбекском и русском языках, причем все тексты имеют одинаковую силу. При различном толковании немецкого и узбекского текстов, текст на русском языке будет считаться определяющим.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Steinmeier

Für die Republik Usbekistan
За Республику Узбекистан
Kamilow

**Bekanntmachung
der deutsch-ukrainischen Vereinbarung
über Biosicherheitszusammenarbeit**

Vom 7. September 2015

Die Vereinbarung in Form eines Notenwechsels vom 4. März 2015/28. Juli 2015 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerkabinett der Ukraine über die Zusammenarbeit in den Bereichen der biologischen und chemischen Sicherheit sowie der nuklearen/radiologischen Sicherung im Rahmen der G7-Initiative „Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien“ ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 31. Juli 2015

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 7. September 2015

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Kiew

Kiew, den 4. März 2015

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Ukraine unter Bezugnahme auf

- das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ukraine über Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz vom 10. Juni 1993;
- das Rahmenabkommen vom 29. Mai 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ukraine über Beratung und Technische Zusammenarbeit (im Folgenden als „Rahmenabkommen“ bezeichnet);
- die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G8 in Kananaskis vom 27. Juni 2002 über die „Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien“ und den in diesem Zusammenhang verabschiedeten Richtlinien und Prinzipien;
- die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G8 in St. Petersburg vom 17. Juli 2006 über die Erweiterung der Globalen Partnerschaft und den in diesem Zusammenhang verabschiedeten Bedingungen hierfür;
- die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 in Brüssel vom 5. Juni 2014 über Nichtverbreitung und Abrüstung;

den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland (im Weiteren als „deutsche Vertragspartei“ bezeichnet) und dem Ministerkabinett der Ukraine (im Weiteren als „ukrainische Vertragspartei“ bezeichnet) über die Zusammenarbeit in den Bereichen der biologischen und chemischen Sicherheit sowie der nuklearen/radiologischen Sicherheit im Rahmen der G7-Initiative „Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien“ vorzuschlagen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Unter Bezugnahme auf Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e (ukrainische Fassung – „д“) des Rahmenabkommens und unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel der Bundesrepublik Deutschland gewährt die deutsche Vertragspartei, vertreten durch das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland, im Einvernehmen mit der ukrainischen Vertragspartei im Rahmen der G7-Initiative „Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien“, im Haushaltsjahr 2015 und in den darauf folgenden Jahren bis längstens zum Jahresende 2017 nicht rückzahlbare Beträge in Höhe von bis zu 9,5 Millionen Euro vorbehaltlich und nach Maßgabe der Regelungen in den Durchführungsabkommen.
2. Das Auswärtige Amt beauftragt die deutschen Projektdurchführungsorganisationen – Robert Koch-Institut (RKI), Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit mbH (GRS) – mit der Beschaffung von Sicherheitstechnik und anderer Ausrüstungsgegenstände, Bau- und Transportleistungen, Beratungs- und Ingenieurleistungen, sowie Training und Ausbildung.
3. Die einzelnen Vorhaben werden von den Projektdurchführungsorganisationen in Durchführungsverträgen mit ihren ukrainischen Partnern nach Zustimmung durch das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland vereinbart.
4. Die jährlichen maximal verfügbaren Beträge sowie der detaillierte Maßnahmenkatalog werden nach Auswertung der Projektkonzeptionen und nach abschließender Genehmigung der Ausführungsprojektierung durch das Auswärtige Amt festgelegt.
5. Zur Durchführung der Projekte schließt das Auswärtige Amt mit den deutschen Durchführungsorganisationen auf der Grundlage der Projektkonzeption Vereinbarungen, die die endgültige Höhe der finanziellen Aufwendungen für die einzelnen Aufgaben enthalten werden.
6. In Übereinstimmung mit der nationalen Gesetzgebung der Ukraine gewährt die ukrainische Vertragspartei Vertretern des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland sowie den deutschen Projektdurchführungsorganisationen ungehinderten Zugang zu allen Baustellen und zu allen Informationen und Orten, die notwendig sind, um die ordnungsgemäße Verwendung der Gelder, die die deutsche Vertragspartei im Rahmen dieser Vereinbarung zur Verfügung stellt, zu überprüfen.
7. Die ukrainische Vertragspartei bestätigt, dass die Ukraine gegen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und entsandte GRS-, RKI-, BBK-Fachkräfte keine Schadensersatzansprüche gemäß Artikel 7 des Rahmenabkommens geltend machen wird.
8. Materialien, die im Auftrag der deutschen Vertragspartei oder der Projektdurchführungsorganisation in die Ukraine eingeführt werden, werden entsprechend Artikel 8

des Rahmenabkommens von Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben in der Ukraine befreit.

9. Diese Vereinbarung gilt bis Ende 2017 und kann durch einen Verbalnotenaustausch, der das Einverständnis der deutschen und der ukrainischen Vertragspartei zum Ausdruck bringt, verlängert werden.
10. Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrags werden durch die Vertragsparteien ausschließlich auf diplomatischem Wege beigelegt.
11. Diese Vereinbarung wird in deutscher und ukrainischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich das Ministerkabinett der Ukraine mit den vorstehenden Vorschlägen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis des Ministerkabinetts der Ukraine zum Ausdruck bringende Antwortnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Ukraine eine Vereinbarung (in Form des Notenwechsels) zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerkabinett der Ukraine über die Zusammenarbeit in den Bereichen der biologischen und chemischen Sicherheit sowie der nuklearen/radiologischen Sicherung im Rahmen der G7-Initiative „Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien“ bilden, die mit dem Eingang der Antwortnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Ukraine bei der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kiew in Kraft tritt.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlass, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Ukraine erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

An das
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Ukraine
– Allgemeines Sekretariat –
Kiew

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption**

Vom 8. September 2015

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 31. Oktober 2003 gegen Korruption (BGBl. 2014 II S. 762, 763) wird nach seinem Artikel 68 Absatz 2 für
Tuvalu am 4. Oktober 2015
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Juli 2015 (BGBl. II S. 1044).

Berlin, den 8. September 2015

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der in Genf am 19. März 1991 unterzeichneten Fassung
des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen**

Vom 8. September 2015

Die in Genf am 19. März 1991 unterzeichnete Fassung des Internationalen Übereinkommens vom 2. Dezember 1961 zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (BGBl. 1998 II S. 258, 259) wird nach ihrem Artikel 37 Absatz 2 für

Montenegro am 24. September 2015
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. Juli 2014 (BGBl. II S. 510).

Berlin, den 8. September 2015

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls
zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes
betreffend ein Mitteilungsverfahren**

Vom 8. September 2015

Das Fakultativprotokoll vom 19. Dezember 2011 zum Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes betreffend ein Mitteilungsverfahren (BGBl. 2012 II S. 1546, 1547) wird nach seinem Artikel 19 Absatz 2 für

Chile* am 1. Dezember 2015
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen Erklärung gemäß Artikel 12

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 4. Mai 2015 (BGBl. II S. 808).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Protokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 8. September 2015

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls
zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame,
unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe**

Vom 8. September 2015

Das Fakultativprotokoll vom 18. Dezember 2002 zum Übereinkommen vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (BGBl. 2008 II S. 854, 855) wird nach seinem Artikel 28 Absatz 2 für

Belize am 4. Oktober 2015
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Juli 2015 (BGBl. II S. 1043).

Berlin, den 8. September 2015

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1988
zu dem Internationalen Freibord-Übereinkommen von 1966**

Vom 15. September 2015

Das Protokoll vom 11. November 1988 zu dem Internationalen Freibord-Übereinkommen vom 5. April 1966 (BGBl. 1994 II S. 2457, Anlageband zum BGBl. 1994 II Nr. 44) wird nach seinem Artikel V Absatz 3 für

Bahrain am 29. September 2015
Kenia am 7. Oktober 2015
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. August 2015 (BGBl. II S. 1137).

Berlin, den 15. September 2015

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Änderung des Artikels 8
des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs**

Vom 15. September 2015

Die Änderung vom 10. Juni 2010 des Artikels 8 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (BGBl. 2013 II S. 139, 140, 143) wird nach Artikel 121 Absatz 5 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 (BGBl. 2000 II S. 1393, 1394) für die

Schweiz am 10. September 2016
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. März 2015 (BGBl. II S. 510).

Berlin, den 15. September 2015

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Änderungen
des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs
in Bezug auf das Verbrechen der Aggression**

Vom 15. September 2015

Die Änderungen vom 11. Juni 2010 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs in Bezug auf das Verbrechen der Aggression (BGBl. 2013 II S. 139, 144, 146) werden nach Artikel 121 Absatz 5 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 (BGBl. 2000 II S. 1393, 1394) für die

Schweiz am 10. September 2016
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. März 2015 (BGBl. II S. 495).

Berlin, den 15. September 2015

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Tropenholz-Übereinkommens von 2006**

Vom 15. September 2015

Das Internationale Tropenholz-Übereinkommen vom 27. Januar 2006 (BGBl. 2009 II S. 231, 232) ist nach seinem Artikel 39 Absatz 4 für

Thailand am 1. September 2015
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. August 2015 (BGBl. II S. 1116).

Berlin, den 15. September 2015

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1988
zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See**

Vom 15. September 2015

Das Protokoll vom 11. November 1988 zu dem Internationalen Übereinkommen vom 1. November 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 1994 II S. 2458, Anlageband zum BGBl. 1994 II Nr. 44; 2003 II S. 747, 748) wird nach seinem Artikel V Absatz 3 für

Bahrain am 17. November 2015
Kenia am 7. Oktober 2015
Saudi-Arabien am 7. November 2015
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. August 2015 (BGBl. II S. 1138).

Berlin, den 15. September 2015

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 63,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 2,95 € (1,90 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) in der Fassung des Änderungsprotokolls von 1999

Vom 15. September 2015

Das Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) vom 9. Mai 1980 in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 3. Juni 1999 (BGBl. 2002 II S. 2140, 2142, 2149) wird nach seinem Artikel 37 § 3 für

Aserbaidschan* am 1. November 2015
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 42 § 1 und eines Vorbehalts gemäß Artikel 28 § 3 des Übereinkommens sowie von Vorbehalten gemäß Artikel 1 § 6 der Einheitlichen Rechtsvorschriften für den Vertrag über die internationale Eisenbahnbeförderung von Personen (CIV) und Artikel 1 § 6 der Einheitlichen Rechtsvorschriften für den Vertrag über die internationale Eisenbahnbeförderung von Gütern (CIM)

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. Januar 2015 (BGBl. II S. 279).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Zwischenstaatlichen Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF) unter <http://www.otif.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 15. September 2015

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector